

**Mag. Alexander Schallenberg**  
Bundesminister

Minoritenplatz 8, 1010 Wien, Österreich

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrates  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.802.990

Wien, am 12. Jänner 2022

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Helmut Brandstätter, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. November 2021 unter der Zl. 8594/J-NR/2021 an meinen Amtsvorgänger eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Zentralasienbesuch des Außenministers“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zu Frage 1:**

- *Welche Resultate erzielten die Gespräche in Katar im Hinblick auf Afghanistan?  
Ist Katar bereit, sich an einer Koalition zu beteiligen, die Druck auf die Taliban aufbauen will?  
Wenn ja, um welche Art von Druck handelt es sich?  
Wenn ja, welchen Einfluss hat die Teilnahme Katars an einer derartigen Koalition auf seinen Status als Vermittler?  
Welche anderen Staaten beteiligen sich an der Koalition?*

Das Emirat Katar hat in den letzten Jahren eine zentrale Rolle in Bezug auf die politischen Entwicklungen in Afghanistan gespielt. Beim Besuch meines Amtsvorgängers war es daher von großem Interesse, Katars Einschätzungen zu den Taliban zu erfahren. Alle Gesprächspartner

warnten vor einer humanitären Krise und betonten die damit verbundene Notwendigkeit, die Menschen in Afghanistan weiter zu unterstützen. Die katarischen Gesprächspartner informierten über ihre Bemühungen zum Weiterbetrieb des Flughafens in Kabul, um insbesondere die Lieferungen der dringend benötigten humanitären Hilfsgüter durch internationale Organisationen zu unterstützen. Genauso wie für Österreich und die Europäische Union stellt sich aus katarischer Sicht derzeit die Frage der Legitimierung der Machthaber in Kabul nicht. Dennoch sei es aus katarischer Sicht geboten, mit diesen im Gespräch zu bleiben, um den ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfe zu garantieren und Bedrohungen durch Terrorismus und Drogenhandel effektiv zu bekämpfen. Gleichzeitig stimmen Österreich und Katar überein, dass es notwendig ist, auf die Taliban einzuwirken, die internationalen Forderungen nach einer inklusiven Regierung und der Wahrung der Menschen-, insbesondere der Frauenrechte, sicherzustellen. Die katarischen Gesprächspartner unterstrichen, dass sie hier sich selbst sowie andere muslimische Staaten in einer besonderen Verantwortung sehen würden. Katar wie auch andere Staaten in der Region würden belegen, dass es keinen Widerspruch zwischen muslimisch geprägten Gesellschaften und der festen Verankerung von Frauen im politischen, Berufs- und Bildungsleben geben würde. Katar werde sich daher weiter als Vermittler betätigen und sich an verschiedenen internationalen Formaten zu Afghanistan aktiv beteiligen.

#### **Zu Frage 2:**

- *Welche Themen bespricht Minister Linhart auf seinen vier zentralasiatischen Stationen?*

Ein wesentliches Thema der Gespräche meines Amtsvorgängers in Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan waren die Entwicklungen in Afghanistan. Ziel war es, sich vor Ort einen Eindruck von den Auswirkungen und Risiken zu verschaffen, mit denen Zentralasien aufgrund der Krise in Afghanistan konfrontiert ist, sowie ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Die zentralasiatischen Partner brachten ihre große Sorge zum Ausdruck, dass die Krise in Afghanistan die gesamte Region destabilisieren könnte. Zu den vordringlichen sicherheitspolitischen Bedrohungen zählten sie die Ausbreitung terroristischer Bedrohungen, ein Ansteigen von Drogen- und Waffenhandel sowie unkontrollierte Migrationsbewegungen aufgrund der zunehmenden humanitären Krise. Von EU Seite forderten sie daher größere Unterstützung für ein effektives Grenzmanagement. In diesem Zusammenhang verwies mein Amtsvorgänger neben dem österreichischen und dem EU-Engagement auch auf die bedeutende Rolle der in Wien ansässigen Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die seit Langem in Zentralasien tätig ist und spezielle Programme zur Ausbildung von Grenzbeamten und zum Kampf gegen organisierte Kriminalität betreibt. Weiters stimmten die zentralasiatischen Gesprächspartner mit den Forderungen Österreichs und der EU an die Machthaber in Kabul überein, insbesondere was die Bildung einer inklusiven Regierung unter Einbindung der ethnischen Minderheiten betrifft.

Zum anderen stand die Besuchsreise unter dem Motto der ReFocus Austria-Initiative der Bundesregierung, also dem strategischen Anliegen, vor dem Hintergrund der COVID-Pandemie Türen für österreichische Firmen im Ausland zu öffnen und deren Geschäftsaussichten und Projektchancen politisch gezielt zu unterstützen. Auf der Reise wurde mein Amtsvorgänger deshalb von einer insgesamt rund 35 Firmenvertreter umfassenden Wirtschaftsdelegation begleitet. In allen vier besuchten Ländern wurden bilaterale Wirtschaftsforen und Business-to-Business Treffen abgehalten. Darüber hinaus hat mein Amtsvorgänger am ersten EU –Zentralasien Wirtschaftsforum in Bischkek teilgenommen.

#### **Zu den Fragen 3 und 4:**

- *Die vier zentralasiatischen Staaten gelten als repressiv und als Verletzer von Menschenrechten. Inwiefern kann die österreichische Außenpolitik unter Wahrung österreichischer Standards in Demokratie- und Menschenrechtsfragen Unterstützung von diesen vier Regierungen erwarten?  
Österreich spricht in Afghanistan das Thema Menschenrechte als Kernthema an. Beteiligen sich die vier zentralasiatischen Regime an Menschenrechtsdiskussionen?  
Wenn ja, an welchen und mit welchen Vorschlägen?*
- *Hat Minister Linhart auch die Menschenrechts- und Demokratiesituationen in den vier besuchten zentralasiatischen Staaten angesprochen?  
Wenn ja, welche konkreten Themen wurden besprochen und was war die Reaktion der betroffenen Regierungen?*

Die zentralasiatischen Staaten teilen in wesentlichen Punkten den von Österreich und der EU formulierten Forderungskatalog an die Taliban. Das gilt insbesondere für die Forderung nach einer inklusiven afghanischen Regierung, nach der Wahrung der Frauen- und Kinderrechte sowie nach dem ungehinderten Zugang zu humanitärer Hilfe. Die zentralasiatischen Staaten leisten auch direkte humanitäre Hilfe an die afghanische Bevölkerung. Länder wie Kasachstan oder Usbekistan bieten außerdem Unterstützung bei der Abwicklung internationaler humanitärer Hilfe nach Afghanistan an. Im Rahmen der Reise wurden auch Menschenrechts- und Demokratiethemata angesprochen. Es ging in erster Linie darum, österreichische und europäische Unterstützung in diesen Bereichen anzubieten. Die zentralasiatischen Staaten verschließen sich nicht einer Diskussion über Menschenrechts- und Demokratiethemata und führen beispielsweise auch mit der EU jährliche Menschenrechtsdialoge durch.

#### **Zu Frage 5:**

- *Vor dem Hintergrund ihrer engen Beziehungen zu Russland: An welchen Projekten in den zentralasiatischen Staaten kann sich Österreich oder die EU sinnvoll sicherheitspolitisch einbringen?*

Die EU hat 2019 eine neue Zentralasienstrategie verabschiedet, die schwerpunktmäßig darauf abzielt, die zentralasiatischen Staaten bei der Stärkung ihrer Resilienz zu unterstützen. Diese Zielsetzung ist gerade auch im Afghanistan-Kontext von großer Aktualität, weil sich die Frage stellt, wie man den zentralasiatischen Staaten bei der Bewältigung und Abfederung möglicher grenzüberschreitender Auswirkungen der Afghanistan-Krise zur Seite stehen kann. Die EU arbeitet daran, ihre Programme an die aktuelle Sachlage anzupassen und verstärkt dementsprechend ihren Dialog und ihre Kontakte mit den zentralasiatischen Partnern. Ein Beispiel sind Projekte im Grenzschutzbereich, wo sich sowohl die EU als auch Österreich seit längerem engagieren. Auch die verstärkte Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung ist ein wichtiges Element.

**Zu Frage 6:**

- *Welche der vier besuchten Staaten haben sich bereit erklärt, an einer Koalition, die auf die Taliban Druck ausüben will, teilzunehmen?  
Welche Art von Druck würden diese Staaten (oder dieser Staat) unterstützen?*

Den zentralasiatischen Staaten geht es vor allem darum, destabilisierende Einflüsse aus Afghanistan auf ihre Länder zu vermeiden. In diesem Sinn haben die zentralasiatischen Regierungsvertreter großes Interesse an verstärktem Dialog und gesteigerter Koordination mit Europa geäußert. Abgesehen von Tadschikistan haben alle besuchten zentralasiatischen Staaten direkte operative Kontakte mit den Taliban. Sie haben bestätigt, diese Gesprächskanäle für die gemeinsamen Forderungen an die Machthaber in Kabul, insbesondere jene nach einer inklusiven Regierung und ungehindertem humanitären Zugang, zu nutzen.

Mag. Alexander Schallenberg

